

# Sozialhilferecht

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 2. Auflage	V
Vorwort zur 1. Auflage	VII
Inhaltsübersicht	IX
Allgemeines Literaturverzeichnis	XXIX
Dokumente und nützliche Links	XLIII
Abkürzungsverzeichnis	LIII
<b>§ 1 Einführung in das Sozialhilferecht</b>	<b>1</b>
I. Bedeutung und Aufgaben der Sozialhilfe	1
1. Allgemeines	1
a) Bedarfsabhängige Sozialleistung mit hoher sozialpolitischer Bedeutung	1
b) Keine blossе Überbrückungshilfe mehr; wachsende Herausforderungen	2
2. Kernaufgabe: Sicherung der Menschenwürde in einer Notlage	4
3. Zwecke und Instrumentarium	4
a) Zwecke: Soziale Existenzsicherung, berufliche und soziale Integration sowie Prävention	4
b) Instrumente: Generelle und individuelle Leistungen	5
4. Organisation und Finanzierung	6
a) Unterschiedliche Organisation und Professionalisierung	6
b) Verschiedene Finanzierungssysteme	6
c) Neue Kooperationsformen zwischen Kanton und Gemeinden	7
d) Zwischenfazit: Professionalisierung, Regionalisierung und Kostenbeteiligung	8
5. Nichtstaatliche (private) Sozialhilfe	8
a) Namhafte Rolle; Grundsatz der Zusammenarbeit	8
b) Komplementäre und unterstützende Rolle der Hilfswerke	9
c) Vor- und Nachteile	9
d) Von der Komplementarität zur Subsidiarität?	9
6. Gefahr eines negativen Wettbewerbs in der Sozialhilfe	10
II. Historischer Rückblick	11
1. Mittelalter: Von der «Wohlfahrtsfamilie» zu den ersten «sozialen» Institutionen	11
2. Ab dem 16. Jahrhundert: Kommunalpolitik mit einem Bündel von Massnahmen	12
3. Französische Revolution: Armenpflege als rechtliche und gesellschaftliche Verpflichtung	13
4. Überblick: Epochen ab 1848	14
5. 19. Jahrhundert: Schaffung kantonaler Armengesetze, Einführung von administrativen Versorgungen	15
6. Zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts	18
a) «Paternalistische Fürsorgegesetze»	18
b) SKOS-Richtlinien (Hinweis)	18

c) Örtliche Zuständigkeit . . . . .	18
d) «Partnerschaftliche Sozialhilfegesetze» und aktivierende Sozialhilfe . .	19
7. Zwischenfazit: Strukturelle Bestandteile und Ambivalenzen . . . . .	20
a) Zunehmende Spezialisierung, Institutionalisierung, Technisierung und Professionalisierung . . . . .	20
b) Fortleben der Fürsorgetradition in einer Reihe institutioneller Systemausprägungen . . . . .	20
c) Grundkategorien für die Strukturierung des fürsorglichen Feldes: Arbeitsunfähigkeit und Wohnsitz . . . . .	21
d) Ambivalenzen . . . . .	21
III. Die Sozialhilfe im aktivierenden Sozialstaat . . . . .	22
1. Grundidee des Sozialstaats: Angemessenes Chancenminimum . . . . .	22
2. Wende zum aktivierenden, investiven Sozialstaat . . . . .	24
3. Umsetzung im schweizerischen Sozialhilferecht . . . . .	25
IV. Anspruchsvoraussetzungen . . . . .	27
1. Vorbemerkung: Individueller Rechtsanspruch auf Sozialhilfe . . . . .	27
2. Anspruchsvoraussetzungen . . . . .	27
a) Sachlich: Bedürftigkeit . . . . .	28
b) Persönlich: Einheimische . . . . .	28
aa) Schweizer und Schweizerinnen sowie Personen mit geregelter Aufenthaltsbefugnis . . . . .	28
bb) Ausländische Stellensuchende und Stellenverlust . . . . .	29
cc) Personen aus dem Asylbereich und Personen ohne Aufenthalts- befugnis . . . . .	30
c) Örtlich: Unterstützungswohnsitz . . . . .	31
V. Formen und Modalitäten der wirtschaftlichen Hilfe . . . . .	31
1. Überblick . . . . .	31
2. Geld- und Sachleistungen . . . . .	32
a) Monatliche Geldleistungen . . . . .	32
b) Sachleistungen: Unmittelbare Bedarfsbefriedigung . . . . .	32
3. Kostengutsprachen . . . . .	33
a) Allgemeines . . . . .	33
b) Primäre Kostengutsprachen . . . . .	33
c) Subsidiäre Kostengutsprachen . . . . .	34
d) Leistungsvereinbarungen . . . . .	34
e) Formalisierung: Schriftlichkeit, Rechtzeitigkeit und Befristung . . . . .	35
f) Vor- und Nachteile . . . . .	35
4. Darlehen . . . . .	36
VI. Abgrenzungen und Schnittstellen zu anderen Rechtsgebieten . . . . .	36
1. Sozialhilferecht als Teil des Sozialrechts im engeren Sinne . . . . .	36
2. Rechtshistorischer Exkurs: «Neuer Typus von Recht»? . . . . .	36
a) Abgrenzung zum klassisch liberalen Zivilrecht . . . . .	36
b) Wechselseitiges Schuldverhältnis? . . . . .	37
3. Unterschied zu anderen bedarfsorientierten Sozialleistungen . . . . .	38
4. Sozialversicherungsrechtliches Leistungsrecht und familienrechtlicher Unterhalt . . . . .	38
5. Kein einheitliches Existenzsicherungsrecht . . . . .	39

6. Indiz für andere rechtliche Bedürftigkeiten . . . . .	39
7. Hoher verfassungsrechtlicher Stellenwert; Teil des Verwaltungsrechts . . .	40
8. Berührungspunkte zu anderen Rechtsgebieten . . . . .	40
a) Überblick . . . . .	40
b) Verschränkung von Migrations- und Sozialhilferecht: zunehmende Kritik . . . . .	41
VII. Fachliche Herausforderungen . . . . .	42
1. Generell: Hohe Anforderungen an die Rechtsgewinnung und Rechts- interpretation, Forschungsbedarf . . . . .	42
2. Föderale Struktur, bereichsspezifische Eigenheiten . . . . .	43
3. Kontextuell-integrative Herangehensweise . . . . .	43
4. Viele Güterabwägungen und rechtliche Spielräume . . . . .	44
5. Multidisziplinarität . . . . .	45
6. Zunehmende Komplexität: Orientierung an den grossen Linien . . . . .	46
<b>§ 2 Ein gerechtigkeits-theoretischer Blick auf die Sozialhilfe . . . . .</b>	<b>47</b>
I. Bedarfs- und Leistungsgerechtigkeit in der Sozialhilfe . . . . .	49
1. Allgemeines . . . . .	49
2. Bedeutung der Unterscheidung in der aktivierenden Sozialhilfe . . . . .	50
3. Problematik in der Sozialhilfe . . . . .	52
a) Machtungleichgewicht, Hintergrundstrukturen und Bedarfsprinzip . .	52
b) Jüngste Sozialhilfedebatte: Neo-paternalistisches Leistungsprinzip? . .	53
4. Demokratischer Sozialstaat: Verfahrensgerechtigkeit . . . . .	54
5. Freiheitlicher Sozialstaat: Menschenwürde . . . . .	54
II. Befähigungen: Verwirklichungschancen mit Schwellenwert . . . . .	55
III. Zwischenfazit: Set von elementaren Freiheitschancen . . . . .	57
IV. Befähigung und Eigenverantwortung . . . . .	58
1. Allgemeines . . . . .	58
2. Erfordernis eines realistischen und offenen Menschenbildes . . . . .	59
3. Berücksichtigung immaterieller Ressourcen . . . . .	60
4. Zwischenfazit: Mehr Befähigung und weniger Bevormundung . . . . .	61
V. Grundrechte als zentrale Anknüpfungspunkte . . . . .	62
1. Allgemeines . . . . .	62
2. Grund- und menschenrechtsbasierte Armutsbekämpfung . . . . .	62
a) Dominanz des Kostenarguments . . . . .	64
b) Negative Facette der rechtlichen Freiheit (Hinweis) . . . . .	64
c) Verfahrensgrundrechte (Hinweis) . . . . .	65
3. Nochmals: Freiheit und soziale Gerechtigkeit . . . . .	65
a) Zentrale Facetten rechtlicher Freiheit . . . . .	65
b) Exkurs: Unterschiedliche historische Herausbildung . . . . .	66
c) «Materialisierung» der «formalen» Freiheitsrechte . . . . .	68
d) Informelle soziale Mechanismen und Machtstrukturen . . . . .	68
e) Sozialhilfedebatte: Mangel an sozialer Macht und politisches Framing	69
f) Zudem: Sachlichkeit der demokratischen Auseinandersetzung, fundiertes Armutsverständnis . . . . .	70
g) Zwischenfazit: Zusammenwirken der verschiedenen Dimensionen von Freiheit . . . . .	71

4. Sozialstaatliche Dimension der Grundrechte am Beispiel der Sozialhilfe . .	71
a) Menschenwürdiges Leben für alle . . . . .	71
b) Soziales Existenzminimum: Voraussetzung zur Ausübung der grundrechtlichen Freiheit . . . . .	72
c) Ansatz: Spezifizierung der einzelnen individuellen Rechte . . . . .	73
d) Angemessene Chance privater und politischer Freiheit . . . . .	73
e) Verhältnismässigkeitsprüfung (Art. 36 Abs. 3 BV) . . . . .	74
f) Verfassungsunmittelbarer Anspruch auf Sozialhilfeleistungen? . . . . .	75
g) Rechtsgleichheit . . . . .	75
h) Diskriminierungsverbot . . . . .	76
i) Sozialziele: Programmatische Grundrechtsgehalte . . . . .	77
j) Doch: Subsidiäre Abdeckung der Lebensbereiche durch die Sozialhilfe	77
k) Fazit: Recht, dessen Gehalt auf verschiedenen Ebenen massgeblich durch die anderen Grundrechte geprägt wird . . . . .	77
VI. Armut . . . . .	79
1. Facettenreicher und kontextabhängiger Begriff . . . . .	79
2. Historische Kontinuität: «Richtige» und «falsche» Arme . . . . .	79
3. Globale Perspektive: Umfassende UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung und sozialer Basisschutz . . . . .	81
4. Moderne Armutskonzepte und Mehrdimensionalität von Armut . . . . .	82
5. Armut in der Schweiz . . . . .	83
6. Menschenrechtsbasierte Armutansätze und ihre Herausforderungen . . .	84
7. Armut und soziale Rechte . . . . .	85
8. Bekämpfte und verdeckte Armut: Herausforderung des «non-take-up» . .	86
9. Diskriminierungsproblematik («povertyism») . . . . .	88
10. Ideologische Tendenzen: Vernachlässigung struktureller Entstehungs- zusammenhänge und individueller Folgen von Armut . . . . .	90
<b>§ 3 Rechtsgrundlagen, Kompetenzordnung und Zuständigkeitsrecht . . . . .</b>	<b>92</b>
I. Transnationales und europäisches Recht . . . . .	94
1. Sozialer Schutz basaler Lebenschancen . . . . .	94
a) Allgemeines . . . . .	94
b) Das Recht auf Sozialhilfe im Kontext der sozialen Rechte . . . . .	95
c) Sozialhilfe: Ausdifferenzierung und (föderale) Umsetzungsprobleme	98
d) Universelle und regionale Ebene, spezifische Existenzminima . . . . .	100
e) Besondere Personengruppen und besonders vulnerable Personen . . .	101
f) Flüchtlingskonvention (FK): Inländergleichbehandlung . . . . .	102
g) Fazit: Wichtige, aber unzureichende Programmierung; Fokus auf strukturelle Mängel . . . . .	102
2. Freizügigkeitsabkommen (FZA): Diskriminierungsverbot . . . . .	103
3. Entwicklungen in der Europäischen Union . . . . .	104
II. Das Grundrecht auf Hilfe in Notlagen (Art. 12 BV) . . . . .	105
1. Vorbemerkung: Ungleiche Existenzminima . . . . .	105
2. Anwendungsbereich . . . . .	106
a) In Einzelfällen . . . . .	106
b) Einschub: Art. 12 BV im sozialrechtlichen Pflichtenkontext . . . . .	107
c) Personengruppe ohne Aufenthaltsbefugnis . . . . .	109

3. Verbindung zum transnationalen Recht .....	109
4. Umfang: Kerngehaltsgarantie .....	110
a) Minimaler allgemeiner Lebensunterhalt und spezifische elementare Bedürfnisse .....	110
b) Persönliche Hilfe .....	112
5. Abgrenzung zur umfassenderen Sozialhilfe .....	112
6. Gefährdungen .....	114
7. Anregung: Grundrechtlicher Schutz der Sozialhilfe .....	115
III. Kompetenzausscheidung zwischen Bund und Kantonen .....	116
1. Drei relevante Personengruppen .....	116
2. Interkantonale Zuständigkeit (Art. 115 BV) .....	117
3. Fälle mit Auslandsbezug: Bundesrechtliche Überlagerungen .....	117
IV. Interkantonales Zuständigkeitsrecht (ZUG) .....	118
1. Örtliche Zuständigkeit als Anspruchsvoraussetzung des Sozialhilfe- anspruchs .....	118
2. Formelles, koordinierendes Sozialhilferecht .....	118
3. Unterstützungswohnsitz .....	119
4. Auffangordnung: Aufenthaltskanton .....	121
5. Aufenthalt in einer Einrichtung, Unterbringung in Familienpflege .....	122
6. Spezialfälle .....	123
7. Ehegatten .....	124
8. Minderjährige Kinder: Abgeleiteter und selbständiger Wohnsitz .....	124
9. Notfallhilfe: Kostenersatzpflicht des Wohnkantons .....	127
10. Richtigstellung .....	127
11. Rechtspflege: Einsprache, Abweisungsbeschluss und Beschwerde .....	127
12. Abschiebungsverbot .....	127
13. Handhabung negativer Kompetenzkonflikte .....	129
V. Kantonales Recht .....	129
1. Verfassungen, Gesetze, Verordnungen, Handbücher und Richtlinien .....	129
2. Kommunaler Handlungsspielraum .....	131
VI. SKOS-Richtlinien .....	132
1. SKOS .....	132
2. Kernfunktion der SKOS-Richtlinien .....	132
3. Anwendungsbereich .....	133
4. Verbindlichkeit .....	133
5. Herausforderungen in der Anwendung .....	134
6. Jüngere Revisionen: Die SKOS unter politischem und fachlichem Druck ..	135
7. Fazit: Wichtige Referenzgrundlage, nachrangiger Charakter in der alltäglichen Rechtspraxis .....	136
<b>§ 4 Rechtsstaatliche und demokratische Ausgestaltung der Sozialhilfe .....</b>	<b>137</b>
I. Leitplanken des Legalitätsprinzips im Sozialstaat .....	138
1. Rechtsstaatliche und demokratische Grundfunktion .....	138
2. Bestimmtheitsanfordernis .....	139
3. Rechtsetzungsstufe .....	139
4. Legalitätsprinzip im Sozialrecht .....	139
II. Grenzen staatlicher Sozialgestaltung .....	141

1. Zur Steuerungsdebatte . . . . .	141
a) Grenzen staatlicher Steuerungsmöglichkeiten . . . . .	141
b) Enormer Einfluss der Sozialverwaltung, Vielfalt verwaltungs- immanenter Steuerung . . . . .	142
c) Folge: Besondere Verantwortung der Sozialverwaltung, Nutzung der Handlungsspielräume und pflichtgemässes Ermessen . . . . .	142
d) Wichtigkeit präventiver Massnahmen . . . . .	143
2. Gesetz als zentrales Steuerungsinstrument . . . . .	144
3. Grenzen normativer Optimierung und Implementierung . . . . .	145
a) Schwere Überschaubarkeit vieler sozialstaatlicher Zusammenhänge . .	145
b) Erfordernis fachlich qualifizierter Kommunikationsprozesse . . . . .	145
c) Evaluation und Vergleiche . . . . .	146
d) Implementierung: administrative Vorgaben, Soziale Arbeit, Menschenbild . . . . .	146
4. Zwischenfazit: Prozedurales Rechtsverständnis . . . . .	147
a) Nochmals: Abnehmende Steuerungskraft materiellen Rechts . . . . .	147
b) Lösungsansatz: Einbindung der kommunikativen Prozesse in das Sozialverfahren . . . . .	148
5. Schlussfolgerungen für das Sozialhilferecht . . . . .	148
a) Situative, flexible und sorgfältige Sozialverwaltung . . . . .	148
b) Kontextangepasste Steuerung: Individualisierung und Dialog . . . . .	148
c) Wirkungsweise von Sozialgesetzen oder gewissen Hilfsprogrammen . .	149
d) Fortschreitende Verrechtlichung, Probleme der angemessenen juristischen Regelung . . . . .	150
III. Rechtsstaatlich-demokratische Anforderungen in der Sozialhilfe . . . . .	151
1. Vorbemerkung: Vieles ist noch wenig geklärt . . . . .	151
2. Was sollte rechtlich wo geregelt werden? . . . . .	151
a) Wirtschaftliche Hilfe . . . . .	151
b) Persönliche Hilfe: Nur begrenzte Steuerung mit rechtlichen Anweisungen . . . . .	153
c) Fokus des Bundesgerichts: Grundrecht auf Nothilfe . . . . .	154
d) Zwischenfazit: Verbesserungs- und Forschungsbedarf . . . . .	154
3. Problematik der SKOS-Richtlinien . . . . .	156
4. Bedeutung eines geeigneten Berechnungsverfahrens . . . . .	156
a) Problem: Schwierigkeit, das grundrechtlich angemessene Existenz- minimum zu bestimmen . . . . .	156
b) Lösungsansatz: Tragfähige Begründung, sorgfältiges Verfahren . . . . .	157
c) Genügt das schweizerische Sozialhilferecht diesen Anforderungen? . .	160
5. Kritik: Demokratischer Prozess . . . . .	162
a) «Schleier der Intransparenz» . . . . .	162
b) Ideologisch geprägte politische Debatte und entwicklungsfähige Partizipation von Armen und NGO . . . . .	163
c) SKOS-Richtlinien reichen nicht als Referenzgrösse . . . . .	164
d) Bundesrahmengesetz für die Sozialhilfe? . . . . .	164
IV. Einheitliche Standards im schweizerischen Sozialhilferecht . . . . .	166
1. Schweizerisches Sozialhilferecht: Einheitliche Standards . . . . .	166
2. Doch: Weiterhin mitunter erhebliche Unterschiede . . . . .	167

V.	Bedarfsbezogene Rechtsanwendung: Subsumtion und Abwägung . . . . .	167
1.	Problem: Subsumtion führt oft nicht allein ans Ziel . . . . .	167
2.	Deshalb: Ergänzendes Abwägungsmodell (Güterabwägung) . . . . .	168
3.	Zusammenspiel von Subsumtion und Abwägung . . . . .	168
4.	Beispiele aus der Rechtsprechung . . . . .	169
VI.	Methodischer Exkurs: Juristische Fallarbeit als Diskurs . . . . .	170
<b>§ 5</b>	<b>Sozialhilferechtliche Strukturprinzipien . . . . .</b>	<b>173</b>
I.	Einführung . . . . .	174
1.	Verankerung auf Gesetzes- und Verordnungsebene . . . . .	174
2.	Idee: Optimierende Gestaltung des Rechts auf Sozialhilfe . . . . .	174
3.	Überblick: Normative Zielrichtungen . . . . .	175
4.	Gegenseitiges Zusammenspiel . . . . .	175
5.	Verankerung in der Menschenwürde . . . . .	176
6.	Weitere Strukturprinzipien? . . . . .	176
7.	Anwendungsbereich . . . . .	177
II.	Tatsächlichkeitsprinzip . . . . .	177
1.	Vorhandensein effektiver Eigenmittel . . . . .	177
a)	Erfordernis der Rechtzeitigkeit . . . . .	177
b)	Hypothetische Anrechnungen: Voraussetzungen . . . . .	178
2.	Massgeblichkeit des effektiven Bedarfs . . . . .	180
a)	Keine abstrakte Bedarfsdeckung . . . . .	180
b)	Relativierung: Normative Bestimmung des Bedarfs . . . . .	180
III.	Finalprinzip . . . . .	181
1.	Fokus: Unterstützungsaufnahme . . . . .	181
2.	Positivrechtliche Durchbrechungen; Rechtsmissbrauch . . . . .	182
IV.	Subsidiaritätsprinzip . . . . .	184
1.	Grundidee: Nachrangigkeit (sozial-)staatlicher Hilfe . . . . .	184
2.	Teilgehalte: Formelle Koordination und materielle Verhaltenspflichten . . . . .	185
3.	Unterscheidung zwischen Selbsthilfeobliegenheit und Minderungspflicht . . . . .	186
a)	Anspruchs- und Pflichtenebene . . . . .	186
b)	Selbsthilfeobliegenheit . . . . .	187
c)	Minderungspflicht . . . . .	188
d)	Allgemeine Grenze . . . . .	189
V.	Gegenwärtigkeitsprinzip . . . . .	189
1.	Idee . . . . .	189
2.	Grundsatz: «Keine Hilfe für die Vergangenheit» . . . . .	190
3.	Ausnahmen . . . . .	190
VI.	Individualisierungsprinzip . . . . .	192
1.	Vorbemerkung: Achtung vor dem Individuellen . . . . .	192
2.	Wesentliche Eigenart der Sozialhilfe . . . . .	192
a)	Existenzsichernde grundrechtliche Zielsetzung . . . . .	192
b)	Schweizerisches Sozialhilferecht: Erheblich vom Individualisierungs- gedanken geprägt . . . . .	193
c)	Individualisierung und örtliche Verhältnisse . . . . .	194
d)	Verfassungs- und völkerrechtliche Verankerung . . . . .	194
e)	Rechtshistorische Hinweise . . . . .	195



3. Allgemeine Vorteile . . . . .	195
4. Gefahren . . . . .	196
5. Deshalb: Methodisch reflektierte Herangehensweise . . . . .	197
a) Verantwortung für eine möglichst rationale Diskussion . . . . .	197
b) Transparente, fachliche und sorgfältige Begründung sozialarbeiterischer Einzelfallentscheide . . . . .	197
c) Systematische Prüfung der Angemessenheit individueller Leistungen . . . . .	198
6. Individualisierter Bedarf und individualisierte Eigenmittel . . . . .	199
7. Individualisierungsprinzip als umfassendes Prinzip . . . . .	199
8. Spezifisch methodischer Inhalt: Abwägung . . . . .	200
VII. Bedarfsdeckungsprinzip . . . . .	200
1. Idee: Zielgenaue Hilfe . . . . .	200
2. Der Grundsatz der Angemessenheit der Hilfe . . . . .	201
a) Vergleich zu nicht unterstützten Personen in bescheidenen Verhältnissen . . . . .	201
b) Instrumentelle Natur des Vergleichs . . . . .	202
3. Einzelfallbezogene Gesamtabwägung und Abwägungsgebot . . . . .	202
4. Zeitliche Dynamik . . . . .	204
5. Zusammenhang zwischen Bedarfsfeststellung und Leistung . . . . .	205
<b>§ 6 Sozialhilferechtliches Existenzminimum und weitere Hilfen . . . . .</b>	<b>206</b>
I. Soziales Existenzminimum: Allgemeines . . . . .	208
1. Rechtsgeschichtliche Hinweise . . . . .	208
2. Nochmals: Unteilbarkeit des Existenzminimums . . . . .	209
II. Allgemeiner Lebensunterhalt . . . . .	209
1. Terminologisches . . . . .	209
2. Grundbedarf für den Lebensunterhalt (GBL) . . . . .	210
a) Pauschalbudget für allgemeine Lebenshaltungskosten . . . . .	210
b) Statistischer Warenkorb und Dispositionsfreiheit . . . . .	212
c) Abgrenzung zwischen GBL und SIL . . . . .	214
d) Verteilschlüssel für den GBL: SKOS-Äquivalenzskala . . . . .	215
e) Grundbedarf bei gemeinsamer elterlicher Sorge . . . . .	216
3. Unterkunftsbedarf . . . . .	217
a) Allgemeines . . . . .	217
b) Obergrenzen für die Wohnkosten . . . . .	218
c) Überhöhte Wohnkosten: Kürzung nach angemessener Frist . . . . .	219
d) Doch: Individualisierungsprinzip und Verhältnismässigkeit . . . . .	221
e) Abstufung der Wohnbeiträge nach der Haushaltsgrösse . . . . .	223
f) Plötzliche Veränderung der Haushaltsgrösse . . . . .	224
g) Antritt und Beendigung von Mietverhältnissen; Zehrmonat . . . . .	224
h) Ausrichtung der Mietbeiträge . . . . .	225
4. Medizinische Grundversorgung . . . . .	225
a) Allgemeines . . . . .	225
b) Obligatorische Prämienbeiträge . . . . .	226
c) Kostenbeteiligungen: Franchise, Selbstbehalt und Spitalbeitrag . . . . .	227
III. Besonderer Lebensunterhalt . . . . .	228
1. Spezifische Lebensbereiche und -umstände . . . . .	228

2. Geltendmachung: Allgemeine Grundsätze	229
3. Pflichtgemäßes Ermessen	230
4. SKOS-Richtlinien: Grundversorgende und fördernde SIL	230
5. Wesentliche Lebensbereiche (Überblick)	232
a) Erwerb und Integration: Gewinnungskosten	232
b) Bildung: Schulische Mehrbedarfe und unterstützungswerte Massnahmen	233
c) Familie: Kinderbetreuung, Besuchsrecht, Freizeit von Kindern, Familienbegleitung	233
d) Gesundheit: Notwendige und unvermeidbare Krankheits- und Behinderungskosten	234
e) Wohnung: Angemessene Grundausrüstung, Umzug und Einlagerung	236
f) Beispiele für weitere SIL: Haushaltsversicherung, Ausweisepapiere, Kinderschutz, digitale Grundversorgung	236
g) Kosten von Kinderschutzmassnahmen: Besonderheiten	237
6. Keine Schulden, insbesondere auch nicht Unterhaltsbeiträge oder Steuern	238
7. Pauschalen und Höchstgrenzen	239
8. Prüfschema zur Angemessenheit von SIL	239
9. Abgrenzung: Verfahrenskosten	240
10. Anregung: Optimierung im Sinne des Autonomiegedankens	240
IV. Eingliederungshilfen, leistungsbezogene Hilfen und persönliche Hilfe	241
1. Eingliederungshilfen (Massnahmen zur sozialen und beruflichen Integration)	241
a) Strukturelle Problemlagen	241
b) Berufliche und soziale Hilfen	241
c) Positive Anreize	242
d) Negative Anreize (Hinweise)	242
e) Herausforderungen: Wirksamkeit, Zielgenauigkeit und Koordination	243
2. Leistungsbezogene Hilfen (materielles Anreizsystem)	243
a) Allgemeines	243
b) Integrationszulagen (IZU) für Nichterwerbstätige	244
c) Einkommensfreibetrag (EFB)	245
d) Unklare Wirkungen, doch normativ legitimes Ziel	246
e) Zusammenfassendes Fazit	247
3. Persönliche Hilfe: Soziale Arbeit	248
a) Allgemeines	248
b) Kritisches Moment der öffentlichen Sozialhilfe, multiple Problemlagen	250
c) Soziale Arbeit im Sog des aktivierenden Sozialstaats: Kritische Stimmen	250
4. Methodischer Exkurs: Überschneidung von Rechtspraxis und Praxis Sozialer Arbeit	251
a) Kompliziertes Verhältnis	251
b) Angemessenes fachlich-methodisches Verständnis rechtsgebundener Sozialer Arbeit	252
c) Zusammenführung: Dialogischer Ansatz	253
d) These des doppelten Mandats und sozialarbeitmethodisches «ABC» in Zwangskontexten	254

e)	Zwischen juristischem «Entscheiden» und sozialarbeiterischem «Aushandeln» . . . . .	255
f)	Veranschaulichung am Beispiel einer arbeitsunwilligen Person und des betreuten Wohnens . . . . .	256
g)	Soziale Arbeit als eine Menschenrechtsprofession: Tripelmandat, umfassendes Mandatsverständnis . . . . .	258
h)	Fazit: Mobilisierung des Rechts zur Stärkung der Handlungsautonomie . . . . .	260
<b>§ 7</b>	<b>Anrechnung von Einnahmen und Vermögen</b> . . . . .	<b>261</b>
I.	Allgemeines . . . . .	262
1.	Begriffliches . . . . .	262
2.	Prinzipienkontext . . . . .	262
a)	Allgemeines . . . . .	262
b)	Selbstverschulden (auch) als Koordinationsproblem . . . . .	264
3.	Formelle Koordination gegenüber «langsameren» Leistungen . . . . .	265
II.	Unterscheidung von Einnahmen und Vermögen . . . . .	266
1.	Allgemeines . . . . .	266
2.	Hauptkriterium: Formaler Zufluss . . . . .	266
3.	Wichtige Ausnahmen: Ersatzanschaffungen und Verschuldung . . . . .	267
III.	Einnahmen . . . . .	268
1.	Grundsatz: Breiter Einnahmen-Begriff . . . . .	268
2.	Erwerbseinkommen: Allgemeines . . . . .	268
3.	Erwerbseinkommen: Besonderheiten . . . . .	269
4.	Vermögensertrag . . . . .	270
5.	Leistungen aus Sozialversicherungen und Selbstvorsorge/Dritter Säule . . . . .	270
6.	Übrige bedarfsabhängige Sozialleistungen . . . . .	272
7.	Leistungen aus Haftpflicht und Privatversicherungen . . . . .	273
8.	Opferhilfe . . . . .	274
9.	Familienrechtlicher Unterhalt . . . . .	275
a)	Allgemeines . . . . .	275
b)	Abgrenzungen . . . . .	276
c)	Verwandtenunterstützungspflicht (VU) im Besonderen . . . . .	277
10.	Freiwillige Zuwendungen Dritter und Darlehen: Differenzierte Betrachtung, rechtspolitische Anregung . . . . .	278
11.	Anrechnung der Einnahmen Minderjähriger . . . . .	281
12.	Konkubinatsbeitrag und Haushaltsentschädigung (HE) . . . . .	282
IV.	Vermögen . . . . .	283
1.	Allgemeines . . . . .	283
2.	Persönliche Effekten, Hausrat, Kindesvermögen und Geschäftsvermögen . . . . .	284
3.	Vermögensfreibetrag («Notgroschen») . . . . .	285
4.	Lebensversicherungen der freien Vorsorge . . . . .	286
5.	Liegenschaften . . . . .	286
a)	Allgemeines . . . . .	286
b)	Differenziertes Vorgehen . . . . .	287

<b>§ 8</b>	<b>Personengemeinschaften und Anspruchsberechnung in der Sozialhilfe</b>	289
I.	Überblick	290
II.	Unterstützungseinheit (UE)	293
	1. Definition und rechtliche Verankerung	293
	2. Berechnung: Pauschales Gesamtbudget	294
	3. «Mischfälle»	295
	4. Einschub: Ehepaar mit getrennten Wohnsitzen	296
	a) Übernahme der Mehrkosten nur bei besonderen Umständen	296
	b) Fristansetzungen: Zusammenleben, Gerichtsverfahren oder fiktiver Haushalt	297
III.	Nichteheliche Partnerschaft: Gefestigtes Konkubinat	297
	1. Idee und Begriff	297
	2. Konkubinatsbeitrag	299
	a) Allgemeines	299
	b) Grundsätzliche Zulässigkeit	299
	c) Berechnung nach den SKOS-Richtlinien: Erweitertes Existenzminimum (Hinweise)	300
	3. Tägliche Fallbearbeitung: Nicht selten heikel und problematisch	302
	4. Kritikpunkte	302
IV.	Entschädigung für Haushaltsführung (HE)	304
	1. Allgemeines	304
	2. Voraussetzungen	305
	3. Berechnung (Hinweise)	306
	4. Anrechnung trotz nachweislichem Nichterhalt?	306
	5. Beweisschwierigkeiten	307
	6. Offene Fragen und Anregungen	307
V.	Anspruchsberechnung	308
	1. Allgemeines	308
	2. Kopfteilungsprinzip: Anteilige Aufteilung der Kosten	308
	3. Unterstützungsperiode	309
	a) Grundsatz: Monatliche Berechnung gestützt auf die Zahlen des Vormonats	309
	b) Ausnahmsweise längere oder kürzere Periode	310
	4. Berechnung	310
	a) Idee: Vereinfachende Berechnung beim Ein- und Austritt	310
	b) Anspruchsberechnung gemäss SKOS-Richtlinien (SKOS-RL C.2)	311
	c) Fazit: Rechtsgleichheit, Verminderung von Schwelleneffekten	311
VI.	Beginn und Ende der Hilfe	312
	1. Zeitpunkt der Hilfe	312
	2. Grundsatz: Kenntnis der Leistungsvoraussetzungen ist massgebend	312
	3. Etablierte Faustregeln	313
	4. Berechnungsblatt zur Bemessung der Sozialhilfe (SKOS-RL: Praxishilfe zu Kap. D)	314
<b>§ 9</b>	<b>Sozialhilferechtliche Pflichten und Reaktionen</b>	316
I.	Sozialhilferechtliche Eigenverantwortung	317
	1. Sozialstaatliche Eigenverantwortung: Facettenreicher Begriff	317

a)	Grundpfeiler des freiheitlichen und aktivierenden Sozialstaats . . . . .	317
b)	Verschiedene Aspekte . . . . .	318
c)	Abhängigkeit von den konkreten Ressourcen, Soziale Arbeit . . . . .	318
d)	Rechtsstaatliche Verankerung und rechtsdogmatische Ausdifferenzierung . . . . .	319
2.	Sozialhilferechtsdogmatische Rekapitulation . . . . .	319
a)	Nochmals: Unterscheidung von Selbsthilfeobliegenheit und Minderungspflicht . . . . .	319
b)	Anspruchs- und Pflichtenebene . . . . .	320
3.	Zumutbarkeitsschranken: Allgemeines . . . . .	320
a)	Zentrale Bedeutung . . . . .	320
b)	Abwehrrechtliche Dimension der Grundrechte, umfassende Betrachtung . . . . .	322
4.	Schwerpunkt: Berufliche Integrationspflicht (inklusive Beschäftigungsprogrammen) . . . . .	323
a)	Allgemeines . . . . .	323
b)	Herausforderungen: Gesundheitsprobleme und Beschäftigungschancen . . . . .	324
c)	Zumutbare Arbeit . . . . .	325
d)	Handlungsplan und Arbeitsmarktfähigkeit . . . . .	326
e)	Beschäftigungs- und Integrationsprogramme . . . . .	327
f)	Formalisierung: Auflagen, Weisungen und Eingliederungsverträge . . . . .	331
g)	Einschub: Nur sozialhilferechtliche Zwecke . . . . .	333
II.	Auskunfts- und Meldepflicht . . . . .	334
1.	Allgemeines . . . . .	334
2.	Art und Umfang . . . . .	336
3.	Formalisierung . . . . .	337
4.	Privatsphäre und Datenschutz . . . . .	337
III.	Rückerstattungspflicht . . . . .	339
1.	Überblick . . . . .	339
2.	Rückerstattung aufgrund Bevorschussungen . . . . .	340
a)	Allgemeines . . . . .	340
b)	Kongruenzerfordernis . . . . .	341
c)	Sicherstellung (Hinweis) . . . . .	342
3.	Rückerstattung aufgrund wirtschaftlicher Verhältnisse . . . . .	342
a)	Allgemeines . . . . .	342
b)	Rückerstattung aus Erwerbseinkommen: Konkrete Zumutbarkeitsprüfung . . . . .	343
c)	Rückerstattung bei relevantem Vermögensanfall . . . . .	344
d)	Rechtspolitische Anregung: Paradigmenwechsel . . . . .	345
4.	Rückerstattung aufgrund unrechtmässigen Leistungsbezugs . . . . .	346
5.	Zusammenspiel der verschiedenen Rückerstattungen . . . . .	348
6.	Unterstützungseinheit . . . . .	349
7.	Fristen und Zinsen . . . . .	350
8.	Formalisierung: Verfügung oder Vereinbarung . . . . .	350
9.	Modalitäten: Beschränkte Zulässigkeit von ratenweisen Verrechnungen . . . . .	352
10.	Befreiung von der Rückerstattungspflicht . . . . .	353

a)	Leistungen im Zusammenhang mit der Integrationsförderung . . . . .	353
b)	Minderjährigkeit: Schutz der Kinderrechte . . . . .	354
c)	Erlass: Gutgläubigkeit und grosse Härte . . . . .	355
d)	Allgemeine Härtefallklausel? . . . . .	356
11.	Individualisierungsprinzip als Massstab: Prüfschema . . . . .	356
12.	Rechts- und sozialpolitische Anregungen . . . . .	357
IV.	Reaktionen und negative Sanktionen . . . . .	357
1.	Allgemeines . . . . .	357
a)	Notwendige Reaktion der Sozialhilfe bei ungenügender Mitwirkungs- bereitschaft . . . . .	357
b)	Grundziel: Berufliche und soziale Integration . . . . .	358
c)	Standardisierung, Gesamtwürdigung aller Umstände . . . . .	359
d)	Unterscheidung von Anspruchs- und Pflichtenebene . . . . .	359
e)	Negative sozialhilferechtliche Sanktionen: Pönale administrative Rechtsnachteile . . . . .	360
f)	Rechtsstaatliches Ungenügen vieler Sanktionskataloge, Erfordernis von Härtefall- und Ermessensklauseln . . . . .	361
g)	Enger sachlicher Zusammenhang zwischen Pflichtverletzung und negativer Sanktion . . . . .	361
h)	Offene Frage: Aktivierung und ihre Grenzen . . . . .	362
2.	Verstösse gegen die Minderungspflicht: Unterschiedliche Rechtsfolgen . .	363
3.	Schwerpunkt: Sanktionen bei Verletzungen der beruflichen Integrations- pflicht . . . . .	364
a)	Idee . . . . .	364
b)	Konkreter Motivationsprozess und Integrationsstrategie . . . . .	364
c)	Angemessenes Verhältnis zum Fehlverhalten . . . . .	365
d)	Eingriff in Art. 12 BV: Stets unverhältnismässig . . . . .	367
4.	Einschub: Kritik an drastischeren Sanktionen und zwangsweisen Programmen . . . . .	367
a)	Drastische Sanktionen . . . . .	367
b)	Zwangsweise durchgesetzte Beschäftigungsprogramme: Minimierung der Integrationschancen zufolge Stigmatisierung? . . . . .	369
c)	Zwischenfazit: Zahlreiche Fragen, Verhältnismässigkeit und Paradigmenwechsel . . . . .	370
5.	Verletzung der Auskunfts- und Meldepflicht . . . . .	372
a)	Abweisung des Unterstützungsgesuchs oder Nichteintreten . . . . .	372
b)	Leistungseinstellung während der laufenden Unterstützung . . . . .	373
c)	Rückerstattung aufgrund unrechtmässigen Leistungsbezugs (Hinweis) . . . . .	374
d)	Exkurs: Nachrangigkeit und Unverhältnismässigkeit negativer Sanktionen? . . . . .	374
6.	Fazit zu den sanktionsbezogenen Leistungskürzungen: Weniger ist mehr . .	375
<b>§ 10</b>	<b>Spezifische Personengruppen in der allgemeinen Sozialhilfe . . . . .</b>	<b>378</b>
I.	Kinder und Jugendliche . . . . .	379
1.	Einleitung: Idee von Kinderrechten . . . . .	379
a)	Sehr neue Idee der Neuzeit . . . . .	379

b)	Spannungsfeld zwischen Schutzverpflichtung und Autonomie-	
	gewährung, Existenzminimum . . . . .	379
c)	Kinder und Jugendliche . . . . .	380
d)	Verankerung auf verschiedenen rechtlichen Ebenen . . . . .	380
2.	Kindeswohl und Sozialziele . . . . .	380
a)	Schutz, Förderung und Gewährung von Autonomie . . . . .	380
b)	Garantie des Kindeswohls . . . . .	380
c)	Urteilsfähige Kinder und Jugendliche: Selbständige Geltendmachung	
	des Sozialhilfeanspruchs . . . . .	382
d)	Sozialziele . . . . .	382
3.	Schweizerisches Sozialhilferecht: Kantonales Recht, ZUG, SKOS-Richt-	
	linien . . . . .	383
a)	Förderungs- und Schutzauftrag im kantonalen Sozialhilferecht . . . . .	383
b)	Eigener Unterstützungswohnsitz im Zuständigkeitsgesetz . . . . .	383
c)	SKOS-Richtlinien: Kinderspezifischer, situationsbedingter Bedarf . . . . .	383
4.	Zwischenfazit: Berücksichtigungs- und Abwägungspflicht der Sozialhilfe	384
5.	Spezifische Förderung: Kinderspezifisches Existenzminimum . . . . .	385
a)	Förderung der sozialen Integration . . . . .	385
b)	Vorrangige Hilfeinstitutionen . . . . .	385
c)	Recht auf einen angemessenen Grundbedarf . . . . .	385
d)	Situationsbedingte Leistungen (SIL) . . . . .	386
6.	Besonderer Schutz: Hinweise zu ausgewählten Fragen . . . . .	387
a)	Meldepflicht bei Gefährdung des Kindeswohls . . . . .	387
b)	Leistungskürzungen und Verrechnungen . . . . .	387
c)	Zumutbarkeit eines Wohnungswechsels . . . . .	387
d)	Rückerstattung . . . . .	387
e)	Alleinerziehende . . . . .	387
f)	Anrechnung von Einnahmen und Vermögen . . . . .	388
7.	Allgemeine Problemherde und Ausblick . . . . .	388
a)	Falsch verstandener Föderalismus . . . . .	388
b)	Rechtsstaatliche und demokratische Defizite . . . . .	388
c)	Anhörung . . . . .	388
d)	Missbrauchsdebatte und Verschärfungen . . . . .	389
e)	Asylsozialhilfe und kantonale Nothilferegimes (Art. 12 i.V.m.	
	Art. 11 Abs. 1 BV) . . . . .	389
II.	Junge Erwachsene . . . . .	390
1.	Angepasste Bildungs- und Integrationsmassnahmen . . . . .	390
2.	Tiefere Bedarfsansätze . . . . .	390
3.	Bedarfsansätze: Drei Fallgruppen . . . . .	391
4.	Negative Sanktionen: Besonderes Augenmass und Fachpersonen . . . . .	393
5.	Teils erhebliche Unterschiede: Stärkere Harmonisierung . . . . .	393
III.	Personen in Ausbildung . . . . .	394
1.	Kein genereller Anspruch auf Sozialhilfe während einer Ausbildung . . . . .	394
2.	Aber: Individualisierungsprinzip . . . . .	395
3.	Vorrang spezifischer Ausbildungsleistungen und zumutbare Selbsthilfe . . . . .	395
4.	Situationsbedingte Leistungen . . . . .	396
5.	Wichtige Unterscheidungen . . . . .	396

a)	Personen in beruflicher Erstausbildung	397
b)	Zweitausbildungen und Umschulungen	397
c)	Berufliche Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, Kurse	398
6.	Formalisierung (Hinweis)	398
7.	Sozialpolitische Hinweise: Investitionen und Paradigmenwechsel	398
IV.	Selbständigerwerbende	400
1.	Begriff	400
2.	Grundsatz: Lediglich befristete Unterstützung	401
a)	Allgemeines	401
b)	Abklärung der wirtschaftlichen Verhältnisse und Wirtschaftlichkeit	402
c)	Weitergehende Spezialregelungen in einzelnen Kantonen	403
3.	Subsidiaritäts- und Individualisierungsprinzip	403
4.	Formalisierung: Zielvereinbarungen und Auflagen	403
5.	Unterstützung aus rein sozialen Gründen in begründeten Ausnahmefällen	404
V.	Personen in Institutionen	405
1.	Tieferer Grundbedarf	405
2.	«Doppelter» Wohnbedarf	406
3.	Kinder und Jugendliche im stationären Aufenthalt	406
4.	Sonderfall: Personen in Haft	406
a)	Nachrangigkeit der Sozialhilfe gegenüber dem Arbeitsentgelt	406
b)	Abgrenzungsschwierigkeiten	407
c)	Kein Anspruch auf leistungsbezogene Hilfen	408
5.	Finanzierung von sozialen Einrichtungen: IVSE (Hinweise)	408
VI.	Menschen mit Behinderung	409
1.	Behinderung und Armut	409
2.	Recht auf einen angemessenen Lebensstandard und auf sozialen Schutz	410
3.	Recht auf behindertenspezifische Sozialhilfe	411
4.	Wichtige Impulse, offene Fragen	412
§ 11	<b>Sozialhilfe für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer sowie Asylsozialhilfe</b>	415
I.	Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer	416
1.	Einleitung	416
a)	Ermöglichung eines nach schweizerischen Begriffen menschen- würdigen Lebens	416
b)	Bundessozialhilfe	417
2.	Historischer Rückblick	417
a)	Hilfsgesellschaften	417
b)	Vom Bundesbeschluss über ausserordentliche Leistungen zum ASFG	417
c)	Kontrapunkt zur Entwicklung innerhalb der Landesgrenzen: Heimatprinzip	418
d)	Vom BSDA zum ASG	418
3.	Ermöglichung einer einfachen, angemessenen Lebensführung	419
a)	Allgemeine sozialhilferechtliche Grundsätze	419
b)	Subsidiarität gegenüber Hilfeleistungen des Aufenthaltsstaates	419
c)	Art und Umfang der Leistungen: Angemessene Teilhabe im Aufenthaltsstaat	420



4.	Integration im Aufenthaltsstaat; Abwägende Gesamtbetrachtung	420
5.	Das ASG: Materielle Änderungen im Bereich der Sozialhilfe	422
6.	Zuständigkeiten und Verfahren (Art. 32 ff. ASG)	422
a)	Gesucheinreichung und Entscheid	422
b)	Mitwirkung der Hilfsvereine	422
c)	Rechtsmittelinstanz: Bundesverwaltungsgericht	423
d)	Beschränkte Zuständigkeit der Kantone bei vorübergehendem Aufenthalt in der Schweiz in Notfällen	423
7.	Fazit	423
II.	Asylsozialhilfe	424
1.	Einleitung	424
2.	Asylsozialhilfe im engeren Sinn: Hilfe für Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene	424
a)	Zuständigkeit in den Zentren des Bundes und in den Kantonen	424
b)	Relevante Personengruppen	426
3.	AIG: Verstärkte Integrationsförderung durch positive Anreize	428
4.	Wichtige Besonderheiten der Asylsozialhilfe	429
a)	Überblick	429
b)	Einzelne Charakteristika	429
5.	Massgeblichkeit der allgemeinen sozialhilferechtlichen Grundsätze?	433
a)	Teil des materiellen Sozialhilferechts	433
b)	Strukturprinzipien im Besonderen	434
6.	Kein geschlossener Kreis existenzsichernder Leistungen	434
7.	Zwischenfazit: Rechtsstaatlicher Verbesserungsbedarf und Mindeststandards	436
8.	Vielfältige Kritik an der Asylsozialhilfe	437
a)	Allgemeines	437
b)	Verschärfung der Bedenken für vorläufig Aufgenommene	442
9.	Fazit: Soziale Sicherheit als Menschenrecht	444
§ 12	Sozialhilfeverfahren	445
I.	Zentrale Rolle der Verfahrensgerechtigkeit	447
1.	Faire Rechtsverwirklichung	447
2.	Schlüsselrolle des Sozialhilfeverfahrens	448
3.	Sozialhilferechtliches Mitspracherecht	448
4.	Verfahrensgrundrechte	449
a)	Idee und Teilgehalte	449
b)	Beispiele	450
c)	Bedeutung der materiellen Rechtsposition	451
aa)	Allgemeines	451
bb)	Kritische Punkte: Heilung, unentgeltliche Rechtspflege und Begründungspflicht	451
II.	Hoheitliche und kooperative Gestaltung	453
1.	Bedeutsamkeit kooperativer Elemente im Sozialhilfeverfahren	453
2.	Persönliche und wirtschaftliche Hilfe	454
III.	Grosse Bedeutung organisatorischer Aspekte	454
1.	Institutionelle Umgebung und gute Verwaltungsführung	454

2. Responsivität als (ein) Merkmal guter Sozialverwaltung . . . . .	455
3. Organisatorische Optimierung . . . . .	456
4. Anregung: Ausbau effektiver Unterstützungsstrukturen . . . . .	457
IV. Ausgewählte Fragen . . . . .	458
1. Rechtsgrundlagen . . . . .	458
a) Überblick . . . . .	458
b) Nur wenige spezifische Bestimmungen . . . . .	458
2. Officialmaxime und Kenntnisgrundsatz . . . . .	459
3. Untersuchungsgrundsatz und Auskunfts- und Meldepflicht . . . . .	460
4. Aufklärungs- und Beratungspflicht . . . . .	461
5. Beweislast . . . . .	463
6. Korrekte Beweiswürdigung . . . . .	464
7. Beweiserleichterungen: Beweismass, Vermutungen, Notfälle . . . . .	466
8. Verfügungsform . . . . .	467
9. Aktenführungspflicht . . . . .	470
10. Unterstützungsverhältnis . . . . .	471
a) Allgemeine Charakteristika . . . . .	471
b) Dreiecksstruktur: Aufspaltung in hoheitliche und kooperative Teilverhältnisse . . . . .	473
V. Fazit . . . . .	474
1. Kooperative Elemente und Individualisierung . . . . .	474
2. Sozialhilfepraxis . . . . .	475
3. Blick auf das rechtsstaatlich-demokratisch Wesentliche, Vermeiden von unnötigen Rechtskonflikten . . . . .	476
4. Anregungen . . . . .	476
§ 13 <b>Schlussbemerkungen</b> . . . . .	478
I. Sorgfältige Nutzung der Handlungsspielräume . . . . .	478
II. Überschneidung von Rechtspraxis und Praxis Sozialer Arbeit . . . . .	479
III. Ansatzpunkte: Demokratischer Rechtsstaat und Armutsverständnis . . . . .	480
IV. «Richtige Verrechtlichung» . . . . .	481
V. Ausbalancierung der verschiedenen Interessen: Soziale Sicherheit als soziales Gut . . . . .	482
Stichwortverzeichnis . . . . .	483